

Protokoll der digitalen Delegiertenversammlung

27. Juni 2020, 10.00 Uhr – 12.20 Uhr

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Oliver Daepf

Anwesend: 248 Delegierte und ca. 1'000 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate und Wortmeldungen der digitalen Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

1. Eröffnungsgeschäfte

Rebekka Wyler eröffnet die Delegiertenversammlung und freut sich über die rege Teilnahme der Delegierten an der „ersten digitalen DV“.

Technische Probleme

Technische Probleme können nicht ausgeschlossen werden, deshalb ist um Verständnis gebeten, falls es zu Ungereimtheiten kommen sollte. Bei technischen Problemen an den Endgeräten sind eine deutsch- und französischsprachige Notfallhotline verfügbar.

Abstimmungsverfahren

Abstimmungen werden blockweise (pro Traktandenpunkt) durchgeführt. Via persönlichen Online-Code können die bereits überprüften Mandatsträger*innen die Stimme abgeben. Die Nachprüfung, ob die eigene Stimme auch entsprechend registriert wurde, ist ebenfalls über diesen Code möglich.

Genehmigung def. Traktandenliste und Protokoll der DV vom 30. November 2019 in Bern

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 30. November 2019 in Bern. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die def. Traktandenliste sowie das Protokoll (besten Dank an den Verfasser Claudio Marti) werden genehmigt.

Mandatsprüfung

Hat im Vorfeld stattgefunden.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums telefonisch eingereicht werden.

Redezeitbeschränkung

Redezeitbeschränkung von maximal 2 Minuten einhalten.

Wortmeldungen

Wurden bereits im Vorfeld entgegengenommen.

2. Mitteilungen

Der Parteitag 2020 findet am 17./18. Oktober 2020 in Basel statt.

Das Klimapapier liegt als Erstfassung vor. Es wird im Herbst in einem elektronischen Partizipationsprozess überarbeitet, der für alle Mitglieder offen ist. Weitere Informationen werden folgen.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Die Rede von Christian Levrat ist unter folgendem Link zu finden:

https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/200627_rede_digitaledv_levrat_de.pdf

4. Mit Solidarität aus der Corona-Krise

„Corona-Film“ wird gezeigt.

R-1 der Geschäftsleitung: Mit Solidarität aus der Krise

Tamara Funicello: Wir sitzen zwar im gleichen Sturm, aber nicht im gleichen Boot. Frauen, Selbstständige und KMUs sind ungleich stärker betroffen. Ein Ausstieg aus Corona kann nur feministisch, ökologisch und solidarisch gelingen, damit am Schluss alle in einem stabilen Booten sitzen können.

Silvia Locatelli, SP Neuenburg: Der Grossteil der Krise liegt noch vor uns und diese Chance zum Umdenken sollte dringend ergriffen werden, um grundlegende sozialdemokratische Projekte (Mindestlohn, Kündigungsschutz, usw.) zu fördern.

Nenad Stojanovic, SP Tessin: Es besteht eine Gefahr der digitalen Diskriminierung durch die technischen Hürden der Contract-Tracing-App. Zudem sollte sich die SP klarer zur Grundrechtsdiskussion während Corona (wie die Versammlungsfreiheit) positionieren.

Nicola Siegrist, JUSO: Die JUSO befürwortet die Resolution mit zwei Kritikpunkten. Einerseits kommt die internationale Perspektive zu kurz. Die Schweiz muss im Kampf gegen Corona ihre Verantwortung wahrnehmen, denn die Krise kennt keine Grenzen. Andererseits werden weitere Kosten auf uns zukommen, welche sinnvollerweise bei dem vermögendsten Prozent eingefordert werden.

Tamara Funicello: Die Covid-App ist mit einem massvollen Gesetz gestützt, welche die Bekämpfung einer zweiten Welle in einem vertretbaren Rahmen erlaubt. Bei der Finanzierung besteht ebenfalls Einigkeit, diese muss solidarisch ausgestaltet sein und von denen getragen werden, die es vermögen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution mit 171 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen an.

R-2 der SP60+: Teilhabe von älteren Menschen an der Gesellschaft – auch in der Corona-Krise

Marianne de Mestral, SP60+: Während der Corona-Krise wurden ältere Menschen pauschal als Risikogruppe betrachtet und ihnen wurde das Recht auf Selbstbestimmung entzogen. Auch die mediale Problematisierung war zu stark altersfokussiert. Deshalb muss erstens die Definition der Risikogrup-

pe zeitnah an den Wissensstand angepasst werden. Zweitens muss die Entscheidung zur medizinischen Behandlung freiwillig bleiben. Drittens muss die gesellschaftliche Teilhabe allen zugänglich sein. Gleichwohl sind wir auch dankbar für alle solidarische Hilfe und anerkennen die bestehenden Schutzmassnahmen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution mit 170 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung an.

R-3 JUSO: Für eine Arbeitsplatzgarantie

Ronja Jansen, JUSO: Ökonomische Anpassungen sind dringend. Alle Menschen müssen das Recht haben auf gute Arbeit. Das bedeutet eine Garantie auf die Anstellung zum Mindestlohn in der öffentlichen Hand. Damit wird die Arbeitslosigkeit als Druckmittel entschärft. Steigender Druck und verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt führen zu schlechten Arbeitsbedingungen und drohen die Gesellschaft zu spalten. Wir hinken bei Care und Ökologie hinterher. Gleichzeitig verfügbare Arbeitskraft nicht einzubeziehen, weil der Markt die Stellen nicht bereitstellt, ist unsinnig.

Carlo Lepori, SP 60+: Es ist ein interessantes Konzept. Es stimmt, dass im Pflegebereich und für die Klimawende Arbeitsplätze wichtig sind. In der Lohnarbeit ist die Jobgarantie jedoch problematisch. Es birgt auch die Gefahr einer Einschränkung der freien Berufswahl und der Beförderung unnötiger Jobs. Nicht der Job, sondern das Einkommen muss garantiert werden.

Beat Jans: Auch der Geschäftsleitung ist eine würdige und sinnstiftende Arbeit wichtig. Der vorgeschlagene Weg ist aber problematisch. Erstens ist eine Umsetzung unrealistisch. Zweitens müssen solche fundamentalen Änderungen unseres Systems breiter diskutiert werden, bevor entsprechende Forderungen verabschiedet werden. Drittens besteht eine Gefahr von Fehlbesetzungen trotz guter Qualifikationen. So wird beispielsweise auch die Aufwertung für den Care-Sektor noch viel schwieriger. Menschen sollen als qualifizierte Arbeitskräfte sinnstiftende Arbeit finden, die sie auch wollen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Die SP unterstützt das Recht auf Arbeit. Aber die in der Resolution geforderte staatliche Beschäftigungsgarantie wirft eine Reihe gravierender Probleme auf:

1. Das Recht auf Arbeit ist wichtig. Aber die SP kämpft seit jeher auch für gute Arbeit. Arbeit soll mehr sein als eine Beschäftigungstherapie: Arbeit muss gut bezahlt sein, sie muss sinnhaft sein, den Fähigkeiten und Interessen angemessen entsprechen und soziale Sicherheit bieten. Wir wollen keine „Bullshit-Jobs“, die wenig Sinn ergeben.
2. Die Arbeit im öffentlichen Dienst würde abgewertet. Einerseits ökonomisch, wenn Tausende Arbeitslose zu Mindest- oder Tieflohnen beschäftigt werden. Andererseits vom sozialen Prestige her, wenn die Arbeit im öffentlichen Dienst als „Pufferbestand an bezahlten Jobs“ dargestellt wird.
3. In der Resolution wird explizit der Pflegebereich als mögliches Einsatzgebiet genannt, was diesem komplexen Berufsfeld nicht gerecht wird. Die SP kämpft dafür, die Care-Arbeit aufzuwerten, sowohl finanziell wie von der Ausbildung her. Wir dürfen darum nicht den Eindruck vermitteln, Care-Arbeit könne auch problemlos von arbeitslosen Quereinsteiger_innen geleistet werden.
4. Die Resolution lässt offen, was mit jenen Menschen passiert, welche die Arbeitsplatzgarantie nicht annehmen können oder wollen, zum Beispiel weil sie unter- oder überqualifiziert sind. Drohen

in diesem Fall Sanktionen? Wird es weiterhin reguläre Arbeitsvermittlungszentren geben? Bleibt die Arbeitslosenversicherung unangetastet? Die Gefahr, dass eine „Garantie“ zu „Zwang“ wird und damit Sozialabbau rechtfertigt, ist real.

Es ist wichtiger und zielführender, Menschen nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen eine berufliche Perspektive zu bieten als sie mit kurzfristig angelegten Programmen zu beschäftigen. Menschen brauchen nicht nur Beschäftigung, sondern sie brauchen eine sinnvolle, würdige und gut bezahlte Arbeit. Der Schlüssel dazu liegt in der Bildung. Darum hat die SP letztes Jahr das Positionspapier für ein Recht auf Aus- und Weiterbildung beschlossen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung lehnt die Resolution mit 77 Ja-Stimmen, 82 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen ab.

5. Rede Alain Berset, Bundesrat

Videobotschaft von Alain Berset wird gezeigt.

Der Redetext von Alain Berset ist unter folgendem Link zu finden: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/sp_dv_berset.pdf

6. Unterstützung Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente

Barbara Gysi: Ein abgesichertes Alter, wie es die Verfassung vorsieht, wird von der ersten und zweiten Säule nicht mehr garantiert. Zu viele Menschen hängen heute von den Ergänzungsleistungen ab. Wichtig ist es, die erste Säule zu stärken – denn sie ist solidarisch. Diese Franken stärken die Kaufkraft und helfen für ein würdiges Altern – gerade für die Frauen und Wenigverdienenden.

Rolf Zimmermann, SP60+, Initiativkomitee: Die meisten Renteneinkommen sind viel zu tief. Pragmatische Erhöhung der Realrenten hat auch symbolische Strahlkraft. Die erste und zweite Säule zusammgelegt, liegt heute jedes zweite Renteneinkommen unter CHF 4000. Darum ist für mehr als die Hälfte der Bevölkerung die 13. AHV-Rente nicht nur schön, sondern existenziell nötig.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative (2/3 Mehrheit)

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung unterstützt die Initiative mit 160 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

7. Statutarische Geschäfte

Reglement für die Delegiertenversammlung der SP Schweiz

A-1 SP Neuenburg: Änderung der Satzstellung und A-2 SP Neuenburg: Ergänzung

Rebekka: Es liegen Anträge der SP Neuenburg zur Änderung des DV-Reglements vor. Das Reglement klärt die Rahmenbedingungen Durchführung von Delegiertenversammlungen. Beide Anträge verfolgen die Richtigstellungen in der Formulierung des Reglements. Die SP Neuenburg schlägt zum einen unter Regelung 3, Resolutionen und Anträge, Punkt F vor, die Satzstellung zu ändern, damit „es findet auf jeden Fall eine Abstimmung statt“ am Schluss steht. Zum anderen soll die Regelung 5, Abstimmung und Wahlen, Punkt D, geändert werden, dass das Stimmenverhältnis auch bei Unterstützungsabstimmungen zu Initiativen und Referenden immer ausgezählt wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Änderung mit 135 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen an.

Genehmigung Jahresrechnung 2019

Rebekka Wyler: Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Gewinn von rund 4'300 Franken. Wir danken uns bei unserer Finanzchefin Karin Mader für ihre hervorragende Arbeit. Die Finanzkommission und die Revisionsstelle haben die Jahresrechnung positiv geprüft, keine Unregelmässigkeiten festgestellt und beantragen Genehmigung.

Florence Nater, SP Neuenburg: Wieso gibt es unterschiedliche Entschädigungen in den Organen und der JUSO? Aus Transparenzgründen sollten da zusätzliche Informationen erhältlich sein im Hinblick auf das Budget 2020

Rebekka Wyler: Die Festlegung der Entschädigung ist Sache der Organe und der JUSO. Die SP Schweiz wird die Organe und die JUSO aber kontaktieren, um diesen Umstand anzugehen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung Jahresrechnung 2019.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung genehmigt die Jahresrechnung 2019 mit 154 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen.

Nachtragskredit zum Budget 2020: Durchführung Solidaritätskampagne

Nachtragskredit gemäss Budget. Die Finanzkommission ist einverstanden. Die Kampagne ist bereits durch Spendeneinnahmen via Kampagne gedeckt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung des Nachtragskredits.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung genehmigt den Nachtragskredit mit 150 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

8. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung am 27. September 2020

Volksinitiative „Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“

Samira Marti (Videobotschaft): Die Kündigung der Personenfreizügigkeit ist ein volkswirtschaftlicher Selbstmord. Für das kulturelle Leben und das europäische Projekt der Sozialdemokratie ist die europäische Bewegungsfreiheit zentral. Die SVP will die Schweiz ins Ungewisse stürzen und die Arbeitskräfte wieder gegeneinander ausspielen. Die Initiative ist nicht nur unnützlich, sondern sogar kontraproduktiv.

Claudia Friedl: Die SVP wirbt mit Themen wie Natur, Landschaft, ÖV, Wohnräume, die sie nie unterstützt hat, für ihre Initiative. Diese einseitige Kündigung und der Wegfall der Bilateralen würden gemeinsame Projekte noch in weitere Ferne rücken. Flankierende Massnahmen, freier Personenverkehr und europäische Programme fallen weg. Wir wollen keine Rückkehr zu Lohndumping und Isolation. Diese Initiative verdient nur ein wuchtiges Nein.

Empfehlung der Geschäftsleitung: NEIN-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Nein-Parole mit 159 Nein-Stimmen, 0 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

Jacqueline Badran: Die Vorlage zur steuerlichen Berücksichtigung von Kinderdrittbetreuungskosten wäre eine Entlastung gewesen. Die CVP hat aber den allgemeinen Kinderabzug auf 10'000 Franken erhöht. Damit kostet die Vorlage nicht mehr 10, sondern 370 Millionen. Von dieser Änderung würden gerade mal 6% der Haushalte profitieren. Diese Entlastung der Reichen und Superreichen können wir keinesfalls unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: NEIN-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Nein-Parole mit 169 Nein-Stimmen, 0 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)

Martine Docourt; SP Frauen*: Wir stimmen ab über die lang erwarteten 2 Wochen Vaterschaftsurlaub. In diesem Thema sind wir europäisches Schlusslicht. Ein System, das darauf ausgerichtet ist, dass Frauen die Betreuung übernehmen und Männer die Arbeit. Die zwei Wochen reichen nicht aus, sind aber ein erster Schritt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Ja-Parole mit 145 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Pierre Alain-Fridez: Die Frage ist, brauchen wir neue Kampfflugzeuge? Für die Gefahren, denen wir heutzutage ausgesetzt sind, nützen Kampfflugzeuge gar nichts. Hinzu kommt die geografische Einbettung in Europa, wobei wir von der Nato umgeben sind. Zudem haben wir keinen identifizierten Feind. Wir brauchen ein funktionierendes Boden-Luft-Abwehr-System und eine Zusammenarbeit mit den Ländern in der Umgebung. Diese Luxusausgabe führt zu nichts und wieder nichts.

Empfehlung der Geschäftsleitung: NEIN-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Nein-Parole mit 160 Nein-Stimmen, 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)

Ursula Schneider Schüttel: Das Gesetz geht zu weit. Ursprünglich ging es nur um den Wolf. Professionellen Herdenschutz gibt es aber schon. Es ist Abschuss auf Vorrat – Tiere können ohne Präventivmassnahmen und Schadensvorfall geschossen werden. Der Aspekt Tierschutz wurde ignoriert - vom Aussterben bedrohte Tierarten können weiterhin geschossen werden anstatt dass sie besser geschützt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: NEIN-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Nein-Parole mit 153 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

9. Rede Simonetta Sommaruga, Bundespräsidentin

Die Rede von Simonetta Sommaruga ist unter folgendem Link zu finden: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/dv_sp_rede_bp_simonetta_sommaruga.pdf

10. Resolutionen und Anträge

R-4a der SP Neuenburg: Die Demokratie ist nicht käuflich: keine bezahlten Unterschriftensammlungen bei der SP!

Romain Dubois, SP Neuenburg: Der Gegenvorschlag der GL ist zu einfach zu umgehen. Das wird die dubiosen Praktiken der bezahlten Sammler*innen nicht beheben. Incop ist eine gewinnorientierte Firma und wird sich einfach auf Umwegen die Unterschriften beschaffen.

R-4b Gegenresolution der Geschäftsleitung: Die Demokratie ist nicht käuflich: keine Bezahlung pro Unterschrift bei der SP

Roger Nordmann: Mit der Resolution ist die GL grundsätzlich einverstanden. Die Resolution ist aber nicht perfekt formuliert. Die Gefahr, dass beispielsweise Personen, die in einer Gewerkschaft angestellt sind, dann nicht mehr sammeln dürfen, besteht. Die Gegenresolution verhindert das, indem das Verbot auf die Bezahlung pro Unterschrift gerichtet wird.

Julia Baumgartner, JUSO: Initiativen und Referenden sollen lanciert werden, weil eine grosse Bewegung dahinter steht. Die Geschäftsleitung kann das Problem mit der Gegenresolution nicht ernsthaft angehen. Es ist ein Grundsatzentscheid und hier müssen wir Farbe bekennen und die Resolution der SP Neuenburg unterstützen.

Baptiste Hurni, SP Neuenburg: Bei den Unterschriftensammlungen zum Vaterschaftsurlaub und zum Schutz vor Hass gab es solche Missbrauchsfälle und wir müssen den Personen auf den Strassen vertrauen können, wenn sie Unterschriften sammeln. Die bezahlte Unterschriftensammlung geht gegen unser Verständnis von Demokratie. Dafür muss die SP Schweiz aber zuerst auch selbst bei sich aufräumen und diesen Grundsatzentscheid verabschieden. Das Sammeln für Angestellte ist indes nicht verboten, aber die Bezahlung pro Stunde oder pro Unterschrift muss verhindert werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme zugunsten der Gegenresolution der Geschäftsleitung

Abstimmung zwischen den Resolutionen: Die Resolution 4a der SP Neuenburg wird der Gegenresolution 4b der Geschäftsleitung mit 84 Stimmen zu 76 Stimmen bei 11 Enthaltungen vorgezogen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die obsiegende Resolution (4a) mit 94 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen an.

R-5 der Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität (FK SOGI) der SP Schweiz

Angelo Barrile: Für Gleichberechtigung und Gleichstellung war schon immer die SP die einzige ernsthafte Vertreterin. Die heteronormative Weltsicht und die tägliche Diskriminierung müssen ein Ende haben. Die SP setzt sich auch schon lange für diese Minderheiten ein. Die queeren Menschen sind aber immer noch sehr stark untervertreten und wenn dieses Thema behandelt wird, gilt: nicht über uns ohne uns. Die Partei soll ein ständiges Organ schaffen für queere Menschen. Es ist das Ziel einer beständigen Stimme innerhalb der Partei.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution mit 160 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen an.

R-6 der SP MigrantInnen: Racial Profiling – endlich handeln!

Yvonne Apiyo-Brändle-Amolo, SP MigrantInnen: Wir fordern, dass Racial Profiling als Problem behördlich anerkannt wird und die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür angepasst werden. Es braucht griffige und nachvollziehbare Massnahmen bei den staatlichen Ordnungsrufen, damit eine diskriminierungsfreie Einsatzpraxis garantiert werden kann.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution mit 160 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen an.

R-7 der SP MigrantInnen: Armut bekämpfen statt die Migrationsbevölkerung – gegen die Rückstufung des Aufenthaltsrechts aufgrund von Sozialhilfe und Sprache

Mustafa Atici, SP MigrantInnen: Die Bedingungen für einen guten und sicheren Aufenthalt in der Schweiz haben sich massiv verschlechtert. Das Problem ist das revidierte Aufenthaltsgesetz. Das verfassungsmässig garantierte Recht auf Sozialhilfe wurde verwässert und ist gefährdet. Wer seit dem 1. Januar 2018 Sozialhilfe empfängt, verschlechtert seine Chancen auf Einbürgerung massiv. Seit dem 1. Januar 2019 ist auch das Aufenthaltsrecht viel stärker gefährdet. Völlig unannehmbar ist das geforderte Sprachniveau. Die Niederlassungsbewilligung kann nicht an einem schriftlichen Sprachtest hängen bleiben. Verschärfend kommt eine völlig willkürliche Umsetzung durch die Kantone hinzu. Mit der zusätzlichen Belastung durch Corona ist es unbedingt notwendig, diese unmenschlichen Bedingungen zu bekämpfen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution mit 156 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen an.

11. Schluss

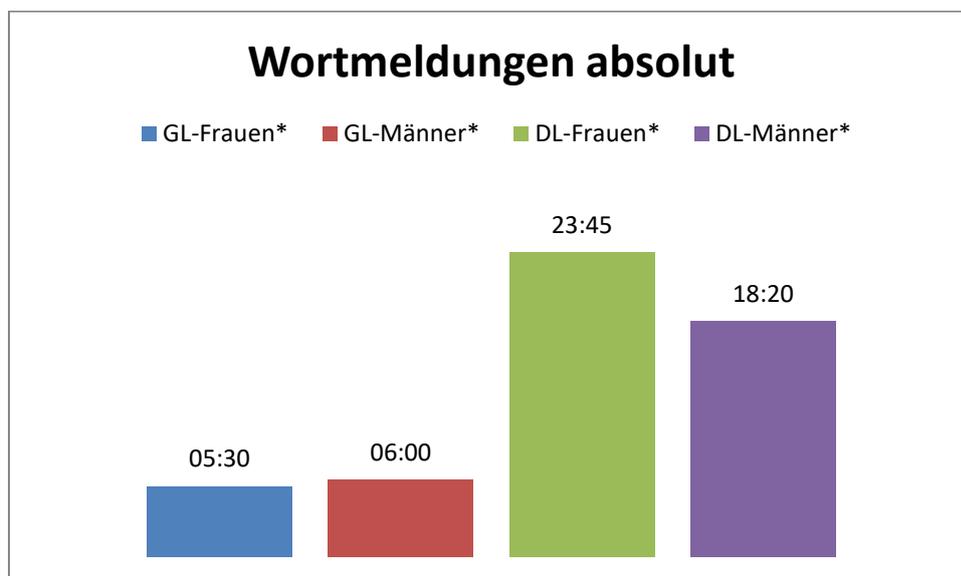
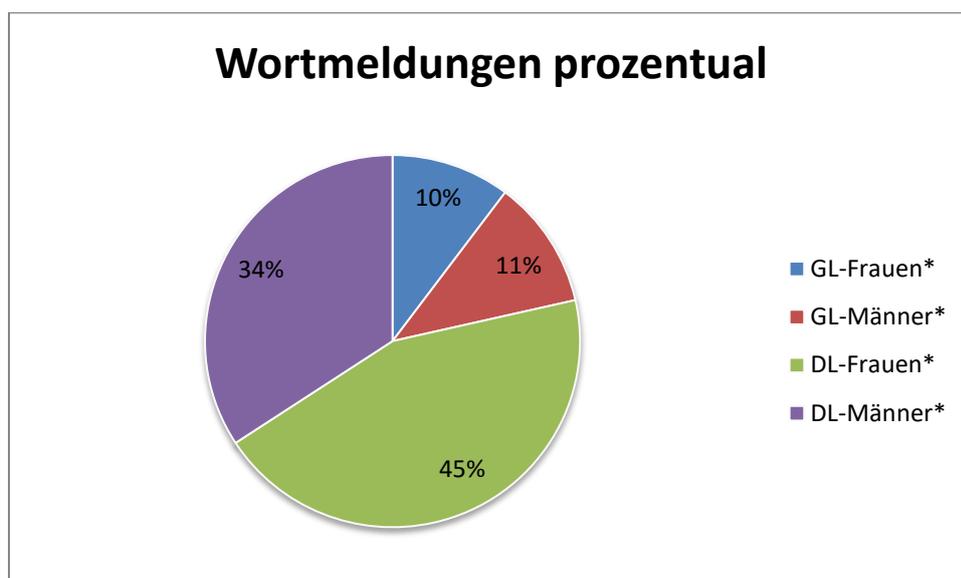
Rebekka Wyler schliesst die Delegiertenversammlung und dankt allen für die Anwesenheit. Des Weiteren bedankt sie sich bei den Dolmetscher*innen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP für ihren Einsatz.

Gender-Watch-Protokoll

Detailauswertung nach Wortmeldungen (ohne Reden)

Total Wortmeldungen (ohne Reden) nach Zeit und Anzahl Voten

	Nach Zeit und in %	Nach Anzahl Voten und in %
Wortmeldungen Männer	24 Minuten 20 Sekunden – 45%	10 Voten – 42%
Wortmeldungen Frauen	29 Minuten 15 Sekunden – 55%	14 Voten – 58%
Total Wortmeldungen	53 Minuten 35 Sekunden	24 Voten



Detailauswertung nach Wortmeldungen (mit Reden)

Total Wortmeldungen (mit Reden) nach Zeit und Anzahl Voten

	Nach Zeit und in %	Nach Anzahl Voten und in %
Wortmeldungen Männer	37 Minuten 40 Sekunden – 52%	12 Voten – 44%
Wortmeldungen Frauen	34 Minuten 30 Sekunden – 48%	15 Voten – 56%
Total Wortmeldungen	72 Minuten 10 Sekunden	27

